

Die richtigen Eingebungen

Geflüchtete: „Wie Verbrecher behandelt“, FR-Politik vom 2.12.

Im reichen Deutschland haben die hundert reichsten Familiendynastien Vermögen von etwa einer Billion (tausend Milliarden) Euro angehäuft. 2006, 2012 und 2017 erklärten das Bundesverfassungsgericht bzw. der Bundesfinanzhof die Bevorzugung der Reichen bei der Erbschaftsteuer für verfassungswidrig. Doch jedes mal reagierte die Politik nur mit Scheinkorrekturen. Deutschland wendet die marode Logik des Steuerwettbewerbs für das große Geld erfolgreich an. Denn die Unternehmen können sich ja aussuchen, welches Land sie mit ihren Arbeitsplätzen beglücken.

An den EU-Außengrenzen stehen zahllose Menschen, die daheim keine Perspektiven haben. Die EU verhängt Wirtschaftssanktionen gegen Lukaschenko und bezahlt Erdogan für das Zurückhalten von Flüchtlingen. Möge die Weihnachtszeit den Politikern die richtigen Eingebungen schenken.
Hans Oette, Neuenstadt

Juristisch angreifbar

Zu: „Ein Tempolimit hilft den Kliniken in Corona-Zeiten“, FR-Politik vom 17.11.

Vielen Dank für das Interview. Weder in der Corona- noch der Klima-/Tempolimit-Debatte habe ich dieses eigentlich naheliegende Argument bisher gehört. Verblüffend. In einer Situation, in der bereits über Triage und erneute radikale Freiheitsbeschränkungen gesprochen wird, könnte Tempo 100 auf Autobahnen die Kliniken natürlich entlasten, mehr Menschenleben retten und dazu beitragen, drastische Freiheitsbeschränkungen zu vermeiden.

Wenn der Gesetzgeber, um eine Überlastung der Kliniken zu vermeiden, bereit ist, das öffentliche Leben lahmzulegen, eine Entlastung der Kliniken durch eine generelle Tempolimit aber ausschließt, um Schnellfahrern keine Freiheitsbeschränkungen zuzumuten, dann ist das offensichtlich unverhältnismäßig und müsste auch juristisch angreifbar sein.

Genauso unverhältnismäßig, wie die sicherlich verfassungswidrige Privilegierung der Schnellfahrer gegenüber den zukünftigen Freiheitsrechten aller, deren radikale Freiheitsbeschränkungen heute bereits durch den leichtfertigen Verbrauch unseres CO₂-Restbudgets irreversibel festgeschrieben werden, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat.

Es wäre ein Segen, würde der eindimensionale, antiquierte, unsoziale und undemokratische Gebrauch des Freiheitsbegriffes, bei dem ausgeblendet wird, dass die notwendige Begrenzung der Freiheit des Einzelnen durch die Freiheit aller die Grundlage für eine freiheitliche Gesellschaft bildet, endlich seinen schändlichen und irrationalen Einfluss im politischen Diskurs verlieren.
Karl Höhn, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211206

Deutlich mehr Angst und Unsicherheit

Leben in und mit der Pandemie: „Stressige Zeiten“, FR-Politik vom 3. Dezember

Ein Volk der Denker und Diskutierer

Olaf Scholz hat Wochen zu spät reagiert, Drost hat es schon im Sommer gesagt. Alle haben es gewusst, keiner hat gehandelt, Jens Spahn hat im September bereits die Inzidenz von heute aufgrund exponentiellen Wachstums prognostiziert und nichts getan. Jede Situation fordert einen sofortigen empörten Aufschrei mit dem Hinweis auf das Versagen, das zu späte Agieren. Zu blöd, es rechtzeitig zu erkennen, wo es doch jeder gewusst hat. Und immer ist der andere der, der die Situation falsch einschätzt.

Das ist für mich der größte Schaden während Corona. In jedem Artikel, in jeder Nachricht- oder Talk-Sendung wird vermittelt, dass alle, die an den Entscheidungsstellen sitzen, doch wohl die völlig Falschen sind. Wir sind ein Volk der Denker und Diskutierer. Für jede These gibt es mindestens eine Gegenthese, und die will sofort verbreitet und gehört werden. Und wehe, das gelingt nicht, dann gibt es zum Glück die sozialen Medien, die demokratisch jedem freistehen. Und wird diese These nicht gehört oder gar kritisiert, dann wünscht man sich den Basta-Entscheid, Lockdown und Impfpflicht, ist doch klar. Fragt man die anderen: Alles übertrieben oder gar gelenkt.

Als die Arztpraxen nicht impfen durften, hieß es, ihnen wird die Kompetenz abgesprochen. Als sie impfen sollten, hieß es: Wir schaffen das nicht. Als kein Impfstoff da war, hieß es: Versagen, Fehlplanung. Als er da war, hieß es: Ich lasse mich nicht bevormunden – mein Körper, meine Entscheidung.

Was wäre passiert, wenn im Juli eine Impfpflicht beschlossen worden wäre? Wenn ein Lockdown für den gesamten November beschlossen worden wäre? Wenn Online-Unterricht für Oktober bis Januar beschlossen worden wäre? Super, alle Verantwortlichen haben vorausschauend gehandelt? Nein, genau das wäre nicht passiert. Sofort hätte es Demos, Experten, Nachrichtensendungen, Talkshows gegeben. Ein Aufruhr wäre durch das Land gegangen.

Wie schön es doch ist, wenn man nicht entscheiden kann,

man kann sich voll und ganz auf Kritik konzentrieren.

All das macht mich müde, hoffnungslos und zermürbt mich. Und es tut mir unendlich leid für die Menschen, die versuchen, uns durch die Zeit zu manövrieren, für uns zu entscheiden und nicht gegen uns. Und all die Strömungen und Widersprüche zu vereinen die wir ihnen in der Vielfältigkeit unserer Meinungen bieten.

Michaela Kaiser, Schwalbach

Die psychische Belastung in der Pandemie ist enorm

Eigentlich bemühe ich mich, Corona nicht so viel Platz in meinem Leben einzuräumen. Trotzdem möchte ich mich nun dazu äußern: Gestern war ein anstrengender Tag in meiner psychiatrischen/psychotherapeutischen Praxis. Es wurde viel geweint. Einige Patienten hatten deutlich mehr Probleme mit Angst. Warum? Da war eine Patientin mit Missbrauchserfahrung, die weinend feststellte, dass sie Angst davor habe, dass man ihr Gewalt antut (gemeint ist eine Zwangsimpfung, von der zwar nicht die Rede ist, aber so kam es bei ihr an). Dass sie sich auf keinen Fall impfen lassen würde. Ein anderer Patient äußerte u.a. Ängste, dass man ihm den Führerschein wegnehmen würde, wenn er sich nicht impfen ließe. Interessanterweise würde er sich mit einem Totimpfstoff impfen lassen.

Ein weiterer Aspekt ist eher massenpsychologischer Natur. Wenn man bedenkt, wie psychisch belastet wir alle durch die rund zwei Jahre dauernde Corona-Epidemie sind (und das – damit das nicht falsch verstanden wird – in einem demokratischen Staat mit guter Gesundheitsversorgung), dann kann man sich ansatzweise vorstellen, welchen psychischen Belastungen Menschen in zwölf Jahren einer Diktatur mit einem ausgefeilten Repressionsapparat ausgesetzt gewesen seien müssen und welche Spuren dies hinterlassen haben dürfte. Vor diesem Hintergrund werden die Aussagen von einigen Remigranten verständlicher, die konstatierten, dass mit den Deutschen etwas nicht mehr stimme. Da Traumata intergenerativ weitergegeben werden, stellt sich die Frage, ob diese

Problematik inzwischen aufgearbeitet wurde. Sind die jetzt lebenden jungen Generationen unbelastet? Sind die teilweise heftigen Reaktionen auf diverse Corona-Verordnungen vor diesem Hintergrund zu verstehen?
Rüdiger Erdmann, Pattensen

Irgendwann reißt der Geduldsfaden

Ich mache keine Politikerschelte, auch wenn das nicht heißt, dass sie keine Kritik, vor allem vor und bei der vierten Welle, verdient hätten. Aber die größte Enttäuschung sind die Menschen dieses Landes, die partout auf ihren teils abstrusen Standpunkten verharren und damit weit davon entfernt sind, Verantwortung zu übernehmen – weder für sich noch für Andere!

Die Pandemie-Krise hat es an den Tag gebracht: Wir sind in im ständigen Fortschrittsglauben und mit den radikalen ökonomischen Systemen zu einer egoistischen und unsozialen Gesellschaft geworden. Zwar werden auch die Irrationalitäten aus den digitalen Netzwerken gelegentlich unter die Lupe genommen, aber wirklich fürchten müssen Facebook & Co. weder Sanktionen noch Verluste von Einfluss und Macht.

Der aktuelle Zulauf bei den Impfstellen ist kein beruhigendes Zeichen. Bei genauer Betrachtung ist es nur dem erhöhten gesellschaftlichen Druck und der Angst um die eigene Haut geschuldet, den fest eingepflanzten Glühweinstand nicht besuchen zu können. Wenig deutet darauf hin, dass Vernunft und Mitmenschlichkeit bei den „Querdenkern“ und Corona-Leugnern die Antriebsfedern sind.

Ungeachtet des stärker werdenden Drucks aus der Politik und den lauter werdenden Hilferufen aus den überlasteten Gesundheitssektoren haben die Zerwürfnisse in der Gesellschaft ein bedrohliches Maß angenommen. Dass die künftige Regierung „kein Verständnis für unaufgeklärten und in Teilen undemokratischen Populismus“ haben dürfe (Anetta Kahane), dem ist zuzustimmen. Irgendwann gibt es einen Punkt, wo der Geduldsfaden reißt.

Jürgen Malyssek, Wiesbaden

Diskussion: frblog.de/impfangst-2

Die USA versuchen, an Assange ein Exempel zu statuieren

Zu: „Wieder an die Arbeit“, FR-Feuilleton vom 20. November

Die aktuelle Coronlage und das Flüchtlingsdrama an der polnischen Grenze dominieren zur Zeit unsere öffentliche Wahrnehmung. Ungeachtet dessen darf Julian Assange nicht in Vergessenheit geraten. Seit mehr als Jahren sitzt er in Einzelhaft im britischen Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh. Während zwei kritische und gefährdete Journalisten mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurden, hat man Julian Assange vergessen. Es ist eine Schande für die britische Justiz, dass dieser Journalist, der kein

Verbrechen begangen, sondern nur die Wahrheit berichtet hat, immer noch nicht in Freiheit ist.

In demokratischen Ländern gilt die Regel, dass ein Beschuldigter freizulassen ist, wenn die Justiz nicht in der Lage ist, innerhalb einer angemessenen Zeit das Verfahren zu eröffnen, sofern er keine Gefährdung für die Öffentlichkeit darstellt. Man hat diesen Menschen als Sexualverbrecher und Sonderling diskriminiert. Hier läuft ein politischer Prozess ab, der mit Humanität und Gerechtigkeit nichts zu tun hat.

Als der Katalane Puigdemont 2018 in Deutschland festgenommen werden musste, war er nach fünf Tagen wieder frei. Das deutsche Gericht befand, dass die im spanischen Haftbefehl erwähnten Vergehen in Deutschland nicht strafbar seien.

Wie kann es sein, dass man in einem Land, das sich Rechtsstaat nennt, für die Verletzung von Kautionsauflagen jahrelang inhaftiert wird? 2017 hat US-Präsident Obama Chelsea Manning, die die Informationen an Assange weitergab, begnadigt. Manning

war zuvor sieben Jahre unter übelsten Bedingungen inhaftiert. Sie wurde dort Tag und Nacht schikaniert, was psychischer Folter entsprach. Mit einer Verurteilung Assanges soll ein Exempel statuiert werden. Die Kriegsverbrechen der USA nach 9/11 sind längst weltweit bekannt.

Aus dem Heimatland Assanges gibt es keine offizielle Unterstützung. Gemeinsame Vertuschung scheint Konsens zu sein. Australien war leider schon immer ein Vasall der Briten und der USA. Christoph Kruppa, Riederich